

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender
Oliver Förste

Leinstraße 16
30159 Hannover

☎ 0511 - 168 46 337

📠 0511 - 168 46 376

oliver.foerste@hannover-rat.de

Haushaltsrede Oliver Förste

(Es gilt das gesprochene Wort)

Hannover, den 17. Dezember 2009

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

es ist wahrlich kein freudiger Anlass, zu dem wir hier heute zusammenkommen und unsere Reden halten: Wir sollen hier das siebte Haushaltskonsolidierungskonzept in Folge verabschieden, einen Haushaltsentwurf, der den Beschäftigten und den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt weiter zusätzliche Lasten aufbürdet.

Sparen, sparen, sparen, heißt es seit Jahren, und ich gebe ehrlich zu, Herr Hansmann, in Ihrer Haut möchte ich nicht stecken. Aber ein Finanzdezernent ist ja wohl nie sehr beliebt, weil er verantwortlich zeichnet für Kürzungen und das Streichen von Mitteln.

Verantwortlich für die heute drohenden Kürzungen ist aber auch die aktuelle Wirtschaftskrise infolge der geplatzten Finanzblase. Eine Wirtschaftskrise, die im Übrigen wieder einmal deutlich macht, dass zyklische Krisen mit der daraus folgenden Kapitalvernichtung quasi naturgesetzmäßig zum kapitalistischen Wirtschaftssystem gehören.

Diese Erkenntnis ist keineswegs neu - relativ neu sind allerdings von der Politik zugelassene und nicht ausreichend kontrollierte kapitalistische Ungeheuer, wie Private-Equity-Fonds und Hedge-Fonds, die letztlich diese aktuelle Krise mit verursacht haben. Oskar Lafontaine hat rechtzeitig davor gewarnt, übrigens noch als SPD-Mitglied, und wurde dafür als gefährlichster Mann Europas bezeichnet. Seine Warnungen wurden ignoriert, und das dicke Ende müssen jetzt auch die Hannoveranerinnen und Hannoveraner ausbaden.

Aufgrund der Einbrüche vor allem bei der Gewerbesteuer kann man hier und heute wohl durchaus von einem Krisenhaushalt sprechen, meine Damen und Herren. Und jetzt passiert hier in Hannover genau das, wovor meine Partei, DIE LINKE, immer gewarnt hat: Die kleinen Leute sollen die Zeche für das Versagen der Mächtigen in Politik und Wirtschaft bezahlen - auch hier in Hannover.

Dort oben haben die Abzocker und ihre Speichellecker ihre Schäfchen schon wieder ins Trockene gebracht und sitzen bereits wieder auf dem hohen Ross - ja, mancher verdient sogar an der Krise. Hier unten aber geht es inzwischen ans Eingemachte, und die Leute, die sowieso schon jeden Cent zweimal umdrehen müssen, werden wieder zur Kasse gebeten.

Verantwortlich für den Niedergang der kommunalen Finanzen sind aber nicht nur die Mächtigen in der Wirtschaft, die uns in eine große Krise gesteuert haben. Verantwortlich ist auch die Politik in der deutschen Hauptstadt Berlin. Die massive Beschneidung der kommunalen Finanzen durch eine verfehlte Steuergesetzgebung wird gnadenlos fortgeführt von der neuen schwarz-gelben Bundesregierung. Wenn morgen auch der Bundesrat das sogenannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz verabschiedet, kommen erneut Mindereinnahmen in Millionenhöhe auf unsere Landeshauptstadt zu.

Und das stellt nicht nur einen Kollateralschaden dar, meine Damen und Herren. Nein, diese Politik dient eindeutig der Exekution des neoliberalen Projekts, nämlich den Staat, und damit auch die kommunale Selbstverwaltung, immer weiter zurückzudrängen - bis hin zur Privatisierung der kommunalen Daseinsvorsorge und sogar der kommunalen Selbstverwaltung selbst. Bertelsmann hat die Privatisierung der Kommunalverwaltung ja inzwischen schon in seiner Angebotspalette.

Dazu gehört dann auch die Durchsetzung von Public-Private-Partnership-Projekten, die wir von der LINKEN ja bekanntermaßen und aus guten Gründen ablehnen. Und es ist doch kein Zufall, dass die Kommunalaufsicht für die Erledigung kommunaler Aufgaben zwar PPP-Projekte genehmigt, für dieselben Aufgaben aber Kreditaufnahmen ablehnt, wenn sie in städtischer Eigenregie erstellt werden sollen. Das hat doch System, und Rot-Grün ist hier im Rat leider der Erfüllungsgehilfe von Schwarz-Gelb im Landtag.

Aber auch die Ausdünnung kommunaler Finanzen durch eine verfehlte Steuergesetzgebung ist keine Spezialität von CDU und FDP. Bereits die rot-grüne Bundesregierung hat im Jahr 2001 durch eine katastrophale Steuerreform die kommunalen Finanzen heftig ins Schlingern gebracht. Ich kann mich noch gut erinnern, wie der frühere Oberbürgermeister Herbert Schmalstieg des halb im Dreieck gesprungen ist, und auch sie, Herr Weil, können sich als damaliger Finanzdezernent bestimmt noch gut daran erinnern.

Unsere kleine Oppositionsfraktion wird hier keine komplette Alternative zum rot-grünen Haushaltsentwurf vorlegen. Das sehen wir zurzeit nicht als unsere Aufgabe, meine Damen und Herren. Der klare Auftrag unserer Wählerinnen und Wähler ist es vielmehr, die soziale Frage ganz oben an zu stellen und in Zeiten der Krise die schlimmsten sozialen Grausamkeiten zu verhindern. Und wenn die FDP als Interessenvertreterin der Besitzenden noch mehr sparen will - kaputt sparen nenne ich das - so vertreten wir hier die Interessen der kleinen Leute und der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei denen unserer Ansicht nach nicht gespart werden darf, - nicht zuletzt um das weitere Auseinandergehen der Schere zwischen arm und reich und damit letztlich ein Auseinanderbrechen der Gesellschaft zu verhindern.

Die kleinen Leute und die Beschäftigten der Stadt sollen also jetzt die Zeche für die Wirtschaftskrise und die verfehlte Steuergesetzgebung bezahlen. Damit komme ich zu den einzelnen Punkten im Haushaltsplan und im Haushaltskonsolidierungskonzept, die von der LINKEN samt und sonders abgelehnt werden:

Erhöhung der Eintrittspreise für Bäder; Erhöhung der Hundesteuer; Erhöhung der Zweitwohnungssteuer - auch für Studierende; Erhöhung der Fahrerlaubnisgebühren; Erhöhung der Gebühren für Gewerbeangelegenheiten; Erhöhung der Entgelte in Stadtteilkultureinrichtungen; Erhöhung der Eintrittspreise für die Herrenhäuser Gärten;

Erhöhung der Eintrittsgelder bei den Pflanzentagen; Erhöhung der Gebühren für die Urnenbeisetzung und Erhöhung der Parkgebühren.

Eine ganz schöne Latte an Maßnahmen, mit denen Sie den Bürgerinnen und Bürgern Hannovers in die Tasche greifen wollen – rund 1,3 Millionen Euro pro Jahr wollen sie mit den eben aufgezählten Erhöhungen zusätzlich einnehmen. Und das alles im Übrigen bei sowieso schon sinkenden Reallöhnen und Kaufkraftverlusten.

Und auch die Beschäftigten der Stadt sollen zum wiederholten Mal und nicht zu knapp zur Haushaltskonsolidierung beitragen. Eine halbe Stunde unbezahlte Mehrarbeit pro Woche soll Mal so eben verfügt werden – dabei tragen die Mitarbeiter der Stadt überhaupt keine Schuld an der Wirtschaftskrise. Kein Wunder, dass Sie bei den Tarifverhandlungen jetzt auf Granit beißen, Herr Hansmann, und das zu Recht. DIE LINKE lehnt den Haushalt 2010 und das HSK VII jedenfalls auch deshalb ab.

Und apropos Tarifverhandlungen: Immerhin hat Rot-Grün die Nichtweiterbeschäftigung der Azubis nach Abschluss ihrer Ausbildung und die Rechtsformänderung der Stadtentwässerung von einem Eigenbetrieb in eine Anstalt öffentlichen Rechts aus dem von der Verwaltung vorgeschlagenen Sparprogramm herausgenommen. Wir haben da von Anfang an gefordert und stellen heute erneut die entsprechenden Anträge. Denn auch wenn die Verwaltungsspitze etwas anderes behauptet, eine Rechtsformänderung der Stadtentwässerung hätte erhebliche negative Folgen für die dort Beschäftigten. Der Gesamtpersonalrat wird ihnen das jederzeit bestätigen.

Aber, meine Damen und Herren, beide Maßnahmen wurden aus dem Paket nur herausgenommen, um sie entsprechend dem rot-grünem Vorschlag als erpresserisches Mittel für die Tarifverhandlungen zu instrumentalisieren. 2,45 Millionen Euro sollen die Beschäftigten der Stadt als Gegenleistung dafür erbringen, dass die Auszubildenden für ein Jahr übernommen werden und die Stadtentwässerung nicht aus den städtischen Betrieben ausgegliedert wird. Ich habe meinen Zweifel, dass eine solche Erpressung aus der politischen Ebene heraus, konstruktive Tarifverhandlungen befördern wird. Möglicherweise hat Rot-Grün dem Oberbürgermeister ein faules Ei ins Nest gelegt.

Bei aller unserer Kritik, kenne ich natürlich schon ihr Gegenargument, dass das nötige Geld einfach nicht da sei, und die heute zu beschließenden Kürzungen deshalb unumgänglich wären. Und meine Antwort darauf haben Sie auch schon öfter gehört: Es ist schlicht und einfach eine Frage des politischen Willens, wofür die Stadt Geld ausgibt und wofür nicht – und auch was die schwarz-gelbe Landesregierung samt Kommunalaufsicht uns genehmigt. 54 Millionen Euro im Jahr soll das HSK VII bringen, ein Mehrfaches aber kostet die Stadt Hannover die zweifelhafte Subvention der Deutschen Messe AG, wie wir vermuten auch eine Folge der geplatzten Finanzblase. Diesen politischen Willen von Rot-Grün und Schwarz-Gelb, unten zu kürzen, aber oben draufzuzahlen, hält DIE LINKE für fehlgeleitet und falsch!

Und an dieser Stelle abschließend noch einmal ein Appell an die anderen vier hier vertretenen Parteien, die auf Bundes- und Landesebene in der Regierungsverantwortung stehen: Wir brauchen endlich wieder eine bessere Finanzierung der Kommunen. Ansonsten ist die kommunale Selbstverwaltung demnächst das Papier nicht mehr wert, auf dem sie steht.

Diesem Haushaltsplan und den Sparmassnahmen im Konsolidierungskonzept wird DIE LINKE jedenfalls nicht zustimmen. Beide Drucksachen sind unserer Ansicht nach sozial unausgewogen, sie belasten die Bürgerinnen und Bürger sowie die Beschäftigten der Stadt mit den finanziellen Folgen einer Krise, die sie nicht zu verantworten haben – und sie lösen vor Allem nicht das Problem der strukturellen Unterfinanzierung der Landeshauptstadt Hannover.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.